

Rede 17.12.2018, Auschwitz Erlass, Braubachstraße 16, 60311 Ffm., 18.30 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben uns heute anlässlich des 76. Jahrestages des Auschwitz-Erlasses hier getroffen.

Im Schnellbrief vom 29. Januar 1943 erging folgende Anweisung

„Auf Befehl des Reichsführers SS vom 16.12.42 sind Zigeunermischlinge, Rom-Zigeuner und nicht deutschblütige Angehörige zigeunerischer Sippen balkanischer Herkunft nach bestimmten Richtlinien auszuwählen und in einer Aktion von wenigen Wochen in ein Konzentrationslager einzuweisen. Dieser Personenkreis wird im nachstehenden kurz als 'zigeunerische Personen' bezeichnet. Die Einweisung erfolgt ohne Rücksicht auf den Mischlingsgrad familienweise in das Konzentrationslager Auschwitz.“

Die Vorstufe zur späteren Vernichtung wurde durch die Erfassung aller im deutschen Reich lebenden Roma und Sinti geschaffen. Robert Ritter, Leiter der „Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes Berlin“ und seine enge Mitarbeiter Eva Justin waren hierfür maßgeblich verantwortlich. Ihre sogenannten „rassenbiologischen“ Untersuchungen registrierten minutiös über 20.000 Roma und Sinti. Sie leisteten damit die Voraussetzung für die spätere fabrikmäßige Vernichtung. Beide wurden nach 1945 von der Stadt Ffm. beschäftigt und sind für ihre Taten nie zur Rechenschaft gezogen worden.

In einem Aufsatz über Roma, im Juli 1943 geschrieben, stellt Justin fest, dass man es ausnahmslos mit Verbrechern zu tun hat, die das „Wirtsvolk“ ausnutzen. Sie dokumentiert die Erfolge ihrer „rassenbiologischen“ Untersuchung, die Erkenntnisse über die genaue Abstammung, über Aussehen und Verhalten und meldet die „Übergabe“ der „Volksschädlinge“. Die menschenverachtenden Ausführungen sind Teil ihrer Praxis, die schließlich im industriell vollzogenen Massenmord an Roma und Sinti endeten.

Die Opfer mussten teilweise bis in die 70iger Jahre auf Entschädigungen warten. Zwischenzeitlich waren sie den Beleidigungen ihrer ehemaligen Verfolger, die weiterhin in Amt und Würden walteten, ausgesetzt. In den Ausführungen von Frau Rose und Frau Strauss, Töchter von Frankfurter Roma, die die Vernichtungslager der Nazis überlebt haben, wird die Traumatisierung der Überlebenden und der Kindeskindern genau beschrieben. Die Berichte der beiden Frauen sind gekennzeichnet von Angst, Ignoranz und Gewalt, hervorgerufen durch das Verhalten der Mehrheitsgesellschaft und der Umkehrung von Täter in Opfer. Es wird verdeutlicht, dass der Alltag von Roma und Sinti nach wie vor von Diskriminierung gekennzeichnet ist. Subtil in Behörden und Institutionen, aggressiv in der Öffentlichkeit und in den Medien.

Die Stimmung gegenüber Roma MigrantInnen und Flüchtlingen hat sich nie geändert – sie war zu keinem Zeitpunkt von Verständnis und Solidarität seitens der Mehrheit geprägt. Hass, Gewalt, Vertreibung, die Akzeptanz von Verelendung als Disziplinierung und gleichzeitig als rassistischer Focus dient ungebrochen. Egal ob es sich um die wiederholte Räumung der Brache, um die Missachtung der menschlichen Würde von Obdach- und mittellosen Menschen oder um die massenhafte Abschiebung von Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien handelt.

Die letzte repräsentative Autoritarismus-Studie aus Leipzig analysiert erneut die vorurteilsbeladene und teilweise rassistische Haltung der meisten Menschen. Zwischen 60 und 70 % der Befragten äußern diese Einstellung. Im Klartext: von drei Personen möchten zwei nichts mit Roma und Sinti zu tun haben und erklären qua Definitionsgewalt der erschlagenden Mehrheit, dass die Betroffenen keine Perspektive haben, an ihrem Elend einzig und allein schuld sind. So wundert es nicht, dass viele Menschen, die unsere Beratung und die Bildungsprojekte aufsuchen, Angst vor Behördenkontakten haben, von Willkür und Diskriminierung in Ämtern und bei Polizeikontakten berichten.

Antiziganismus, der Rassismus gegenüber Roma und Sinti, wirkt ungebrochen. In Osteuropa bricht er sich gewaltvoll Bahn. Es sind zunehmend Pogrome und Überfälle mit Todesfolge zu verzeichnen. Im Oktober wurde ein Junge in Bulgarien beim Holz sammeln erschossen. In der Slowakei starb eine Frau mit ihren vier Kindern beim Brand in einer Elendsbaracke. Die Medienkommentare hierzu waren menschenverachtend. Ermittlungen wegen Verbrechen verlaufen oft systematisch im Sande. Verurteilungen haben Seltenheitswert und sind geprägt von Empathie – Empathie für die Täter.

Die kürzlich in Frankfurt bekannt gewordenen neonazistischen Aktivitäten von Polizeibeamten des 1. Reviers sind Anzeichen dafür, wie groß die Grauzone ist. Bezeichnend ist der Umstand, dass die Taten als sogenannter Beifang von Ermittlungen in einem anderen Umfeld erkannt wurden. Es handelt sich um Untersuchungen aufgrund eines Drohbriefes an eine türkischstämmige Frankfurter Rechtsanwältin, die Opfer der NSU Morde vertritt. Die Besonderheit des Schreibens lag in der Todesdrohung gegenüber Ihrer Tochter und der Nennung von Adresse und Namen, die aus einem Computer des 1. Reviers mit Daten aus dem Einwohnermeldeamt stammten. Gezielt in den eigenen Reihen wurde erst danach geprüft. Auch hier sei nochmals erwähnt, dass unsere Nachfragen wegen den beiden Brandanschlägen im Jahr 2016 auf Roma regelhaft mit der Floskel keine neuen Erkenntnisse beantwortet werden – wobei dem Förderverein Roma keine Auskunft gegeben wird. Es steht zu befürchten, dass auch die aktuellen Überfälle auf linke und alternative Einrichtungen in Frankfurt, nicht mit dem gebotenen Nachdruck bearbeitet werden.

Juden, Roma und Sinti und Muslime nehmen in der Missachtungsskala Spitzenplätze ein. Das ist nicht neu. Neu ist die nach oben offene Steigerungsrate. Neu ist auch nicht die kontinuierliche Ablehnung, die sich durch alle politischen Lager zieht und die ihre einflussreichste Anhängerschaft in der konservativen und reaktionären Mitte hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir stehen an der Mahntafel in der Mitte der Stadt, direkt gegenüber einer für Millionen Steuergelder errichteten neuen Altstadt, in der Sauberkeit und Bettelverbot herrscht. Das Elend der Roma MigrantInnen, das in der Innenstadt offensichtlich ist und von der Kommune, abgesehen von ordnungspolitischen Maßnahmen, hingenommen wird, darf sich nicht in den Zuckerbäcker- und Biedermeier-Häuser des neuen Quartiers verirren. Es wäre auch geschäftsschädigend. Die Kosten für den neuen Touristenmagnet sind natürlich willkommener Grund, nicht in soziale Projekte investieren zu können, denn schließlich ist kein Geld da. Wir erinnern heute an die Verfolgung und Vernichtung von Roma und Sinti, an die akribische Erfassung und nennen die Täter Robert Ritter und Eva Justin, die beide – synonym für den Fortbestand der kontinuierlichen weiteren Diskriminierung nach 1945 – obgleich ihre Verbrechen bekannt waren, in verantwortlichen und hochsensiblen Bereichen des städtischen Jugend- und Gesundheitsamtes, u. a. auch hinsichtlich der Beurteilung von Roma und Sinti, tätig waren.

Der Förderverein Roma hat in diesem Jahr das Grab des ehemaligen Vorsitzenden der Roma-Union gestaltet. Es ist jetzt mit weiteren Gräbern, die Erinnerungsstätten sind, auf dem Hauptfriedhof zu sehen. Wir werden uns anlässlich der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Januar hier wieder einfinden und der Verein wird sich auch weiterhin in allen seinen Arbeitsbereichen gegen Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung gegenüber Roma und Sinti engagieren. Vielen Dank